

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Beziehungen zwischen China und Großbritannien auf einem neuen Tiefpunkt: Teil I: Dissens über die Demokratisierung Hongkongs

Die "Sino-British Declaration" von 1984 und das vom chinesischen NVK erlassene Grundgesetz über Hongkong von 1990 schienen die Hongkongfrage ein für allemal glücklich unter Dach und Fach gebracht und für die bilateralen Beziehungen zwischen London und Beijing eine strahlende Zukunft eingeleitet zu haben.

Nach kurzer Euphorie hat sich das Verhältnis jedoch inzwischen verdüstert, ja ist streckenweise rabenschwarz geworden.

Ausgangspunkt der Verstimmungen sind zunächst einmal die tiefen Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Hongkongs, die mit einem Stimmungswandel in Großbritannien und mit der Entsendung eines neuen Gouverneurs (im Juli 1992) zusammenhängen, dessen Namen inzwischen zu einem Reizwort für die chinesische Politik geworden ist - Chris Patten.

Patten, ein persönlicher Freund und Mitkämpfer des Premiers Major, beschloß von Anfang an, gleichsam um "fünf vor zwölf" der Kronkolonie, in der Demokratie seit 1841 nie ein Thema gewesen war, nunmehr im Eilverfahren noch einen demokratischen Maßanzug zu verpassen. Bereits am 7. Oktober stellte Patten dem Legislativrat (Legislative Council) der Kronkolonie sein erstes Verwaltungsprogramm vor, ohne daß darüber vorher mit der Hongkonger Bürgerschaft ausführlich genug diskutiert worden wäre. Lediglich die Bürgerrechtsgruppierungen, die im Anschluß an die "Declaration" von 1984 und vor allem an die

Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz von 1989 entstanden waren, zeigten sich begeistert.

Im Zentrum der Reformvorschläge Pattens stehen folgende Punkte: (1) Der Legislativrat, der bisher nur beratende Funktion für den Gouverneur hatte, soll zu einer Art Parlament umgestaltet werden, (2) Wahlen für den reformierten Legislativrat sollen 1995 stattfinden, (3) die bisherige Ernennungspraxis in den "District Boards" und den beiden Städtischen Räten (Municipal Councils) soll durch das Wahlprinzip ersetzt werden, (4) Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre und (5) Annahme des Grundsatzes "ein Sitz, eine Stimme" - und damit eines parlamentarischen Grundprinzips!

Die Reformvorschläge waren kaum angekündigt, da erhob China bereits Widerspruch, zeigte sich aufs äußerste gereizt und bemühte sich auch, alle Pro-VRCh-Stimmen gegen Patten zu mobilisieren. U.a. unterstützten die Vorsitzenden der 19 "District Boards" mit einer Erklärung vom 9.12. den chinesischen Standpunkt, daß das "Ernennungssystem" doch bitte aufrechterhalten werden solle (XNA, 10.12.93).

Patten ließ sich durch diesen Aufschrei jedoch nicht behindern, sondern gab am 12. März 1993 sein nun in allen Einzelheiten ausgefeiltes Reformprogramm bekannt. Die chinesische Seite weist demgegenüber darauf hin, daß sowohl die Deklaration von 1984 als auch das Grundgesetz von 1990 auf der stillschweigenden Annahme beruhten, daß sich bis zum Übergang der Souveränität im Jahre 1997 nicht mehr allzu viel am Status quo ändern. Die Reformvorschläge Pattens brächten letztlich die gesamte Geschäftsgrundlage zum Einsturz. Auch die britische Seite habe bis 1990 in zahlreichen Gesprächen und Briefwechseln immer wieder ihre Bereitschaft verkündet, nichts zu

überstürzen und den Übergang bis 1997 ruhig und gleichmäßig verlaufen zu lassen.

Da sich die chinesische Seite - allen gegenteiligen Bekundungen zum Trotz - plötzlich auf der Anklagebank - und mit dem Vorwurf "undemokratischer" Gesinnung konfrontiert - sah, schlug sie Verhandlungen vor, die am 22. April 1993 zwischen chinesischen und britischen Diplomaten begannen, die sich jedoch ungewöhnlich schwierig gestalteten und über insgesamt 17 Treffen - bis zum 27. November 1993 - hinzogen (XNA, 9.12.93). Die chinesische Seite schlug vor, die Probleme zu zerlegen und zunächst die einfacheren und dann erst die schwierigeren Probleme anzugehen (XNA, 9.12.93). Sie mußte jedoch bald feststellen, daß sich das "Patten-Paket" nicht einfach aufschneiden und in seine einzelnen Teile zerlegen ließ, sondern daß es seinem ganzen Geist nach letztlich auf die Frage hinauslief: "Bist du gegen oder für die Demokratie in Hongkong?" (Die Begründung für die Ablehnung der Reformvorschläge Pattens befinden sich in extenso in XNA, 4.12.93.)

Statt des erhofften Konsenses wuchs der Dissens, wobei von chinesischer Seite immer häufiger der Vorwurf laut wurde, Großbritannien "träume von einer Verlängerung seiner kolonialen Vorherrschaft" (so z.B. die Hongkonger Tageszeitung *Wen Wei Po* (15.12.93, S.2). Auch folgten von chinesischer Seite - wiederum lanciert durch die örtliche Presse (z.B. *Ta Kung Pao*, 15.12.93, S.2) - versteckte Drohungen des Inhalts, daß am Ende die britischen Firmen den Schaden der "verfehlten Verhandlungsführung" ihrer Regierung zu tragen hätten.

Andererseits wies die Taiwan-freundliche Hongkonger Tageszeitung *Hsing Pao* (8.12.93, S.2) darauf hin, daß die Verhandlungsführung Pattens "sehr erfolgreich sei, da China ihn so sehr haßt".

Nachdem auch die 17. Runde wie das Hornberger Schießen ausgegangen war, wurden die Gespräche abgebrochen, wobei sich die Parteien umgehend gegenseitig die Schuld für das Scheitern zuschoben.

Patten folgte, auch nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, unbeirrt seinem Reformkurs und legte am 10.

Dezember im Legislativrat einen Gesetzesentwurf ("Democracy Bill") über die für 1994 fälligen Wahlen von Distrikt- zu Gemeinderäten vor - eine weitere Provokation für die VR China, die denn auch sogleich mit erneuten Protesten und Anschuldigungen reagierte.

Am 29. Dezember antwortete die VR China mit der Drohung, daß die von Patten einseitig "durchgepeitschten" Maßnahmen, vor allem die angestrebten neuen demokratischen Strukturen der "Three Tier Councils" (Legislativrat, District Boards, Municipal Councils) sogleich nach dem Übergang der Souveränität im Jahre 1997 wieder abgeschafft würden (XNA, 30.12.93). Erneut lehnte Beijing damit eine demokratische Erneuerung der Kolonie nach den Vorstellungen Pattens ab - der Bruch ging damit weit über bloß "diplomatische Verstimmung" hinaus! Gleichzeitig kam es in Beijing offensichtlich zu Vorarbeiten für die Bildung einer Parallelregierung, die sofort nach 1997 ihre Funktionen übernehmen kann.

Trotz des Scheiterns der Verhandlungen zeigte sich die chinesische Seite optimistisch. Den Anlaß für solchen Optimismus liefert, nach Meinung des chinesischen Außenministers Qian Qichen, die günstige wirtschaftliche Entwicklung der VR China, die am Ende ja auch der Hongkonger Wirtschaft nur nützen könne (XNA, 12.12.93). -we-

*(2)

Beziehungen zwischen China und Großbritannien auf einem neuen Tiefpunkt. Teil II: Dissens über die Ausstrahlung eines Mao Zedong-kritischen Films

Verschärft wurde das chinesisch-britische Unbehagen noch durch die Ausstrahlung mehrerer Filmbeiträge durch die BBC, die sich mit dem verstorbenen "Vorsitzenden Mao" und mit "kannibalistischen" Vorgängen während der Kulturrevolution befaßten.

Zum 100. Geburtstag des "Vorsitzenden" (am 26.12.1993) strahlte die BBC - und zwar in ihrem Abendprogramm vom 20.12. - eine Dokumentationssendung mit dem Titel "Chairman Mao - The Last Emperor" aus, das auch garniert war mit einem längeren Interview

mit dem früheren Leibarzt des Vorsitzenden, Dr. Li Zhisui, der den Verstorbenen zahlreicher Sex-Eskapaden mit jungen Mädchen beschuldigte. Der Leibarzt, der Mao Zedong 22 Jahre lang gedient hatte und der jetzt in Chicago lebt, gab bei seinem Interview zahlreiche delikate Einzelheiten zum besten und wies u.a. auch darauf hin, daß die Frauen stolz darauf waren, sich mit Mao als "God and Supreme Ruler" einzulassen.

Die chinesische Botschaft in London hatte versucht, die Ausstrahlung des Films durch Interventionen bei der Regierung zu verhindern, mußte sich jedoch mit dem Einwand abspesen lassen, daß die BBC eine unabhängige Anstalt sei, in die weder das Parlament noch das Kabinett "hineinregieren" könnten. Bei der BBC selbst stießen die Interventionen auf taube Ohren. Es handle sich hier um Teile des "Time-Watch"-Programms, das historische Serien über "Führungsfiguren des 20. Jahrhunderts" präsentiert. Im Vorspann des Mao-Programms wies die BBC überdies noch darauf hin, daß der Film eine Enthüllung bringen solle über "the true nature of Mao Zedong's tyrannical and brutal rule over China".

In einem anderen Interview, das der Schriftsteller Zheng Yi gewährte - ein früherer Rotgardist, der heute an der Princeton Universität lehrt -, wurde dem maoistischen System auch "Kannibalismus" vorgeworfen, den zahlreiche Rotgardisten nicht nur praktiziert, sondern der überdies auch von einigen der engsten Verbündeten Maos befürwortet worden sei. Man habe Teile des Gegners verspeist, um diesen nicht nur völlig zu vernichten, sondern sich auch dessen Kraft einzuverleiben.

In einer Pressekonferenz des Außenministeriums vom 23.12. wies der Sprecher Wu Jianmin darauf hin, daß der "verstorbene Vorsitzende Mao ein großer Führer des chinesischen Volks und ein Nationalheld gewesen ist, der die Liebe und Hochachtung der Völker aller Nationalitäten genoß, ein großer Mann, der den Respekt der Völker der ganzen Welt gewann. Ohne ihn wäre das Neue China nicht entstanden." Die Ausstrahlung des BBC-Beitrags "mit seinen üblen Verleumdungen und Angriffen... zu einer Zeit, da das chinesische Volk feierlich des 100. Geburtstags Maos gedenkt, zeigt die politischen Beweggründe und Feindseligkeit

der Verantwortlichen gegenüber dem Volk Chinas. Auch die Art und Weise der Produktion der Sendung ist verachtenswert. Die Bilder und Texte wurden, obwohl sie nicht miteinander in Zusammenhang stehen, trotzdem aneinandergereiht, um den Zuschauer irrezuführen. Dies zeigt den Mangel an journalistischer Ethik sowohl des Autors als auch der BBC. Das chinesische Volk ist empört darüber. Wir haben bereits unseren entschiedenen Protest gegenüber der britischen Regierung und der BBC eingelegt" (BRu 1994, Nr.1, S.23). Auf die Gegenfrage eines Journalisten, worin denn die "üblen Verleumdungen der BBC-Dokumentation" bestünden, antwortete Wu: "Ich glaube nicht, daß es für mich nötig ist, diese Dinge zu wiederholen. Ich möchte mir nicht den Mund schmutzig machen." -we-

*(3)

Die Beziehungen zu Rußland werden immer enger: Besuch des Verteidigungsministers Gratschow in Beijing

Thema dazu im vorliegenden Heft.

-we-

*(4)

Erste chinesische Militärdelegation in Indien seit 30 Jahren

Am 18. Dezember 1993 kam eine hochrangige chinesische Militärdelegation auf Einladung des indischen Generalstabs zu einem fünftägigen Besuch nach Indien. Leiter war Generalleutnant Xu Huizi, der stellvertretende Generalstabschef der VBA, der an der Spitze der 7-Mann-Delegation stand. Für beide Seiten stand von vornherein fest, daß Hauptzweck dieser Visite der Aufbau von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Streitkräften beider Länder sein sollte. (XNA, 18.12.93)

1961/62 war es zwischen beiden Seiten zu einem regelrechten Grenzkrieg gekommen, der dem vorausgegangenen "Freundschafts"-Intermezzo von 1954 ein schnelles Ende gesetzt hatte.

Erst 1981, also mit 20 Jahren Abstand, war es zur Wiederaufnahme von Kontakten auf politischer Ebene gekommen. Sogar die Ministerpräsidenten beider Länder haben sich mehrere Male besucht, nämlich einerseits Ra-

jiv Gandhi, der zweimal in China war, sowie Ministerpräsident Rao und andererseits Ministerpräsident Li Peng, der vom 11.-16. Dezember 1991 nach Indien kam. (Dazu ausführlich C.a., Dez. 1991, S. 769-775.)

Nach all diesen Vorgaben war es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch jene beiden Teile, die sich am feindseligsten gegenüberstanden, nämlich die beiden Armeen, aufeinander zuzogen.

Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gehört aus chinesischer Sicht auch der Aufbau besserer Beziehungen zwischen Indien und dem seit Jahrzehnten mit China eng befreundeten Pakistan, nachdem es noch 1971 einen indisch-pakistanischen Krieg gegeben hatte, in dessen Gefolge sich Pakistan ganz auf die Seite Chinas geschlagen hatte (und von diesem wieder aufgerüstet worden war), während Indien gleichzeitig im August 1971 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der damaligen Sowjetunion schloß.

Nur wenige Tage nach dem Ende des Delegationsbesuchs in Indien kam die neue pakistanische Ministerpräsidentin zu einer Staatsvisite nach China. -we-

*(5)

Ministerpräsidentin Benazir Bhutto in China: Bestätigung der chinesisch-pakistanischen "All-Wetter-Freundschaft"

Vom 27.-29. Dezember 1993 besuchte die 1993 neugewählte Ministerpräsidentin Benazir Bhutto die VR China. Pakistan und China hatten spätestens seit 1971, als es zum vierten militärischen Konflikt zwischen Indien und Pakistan kam und Pakistan daraufhin ganz zur VR China überschwenkte, enge Beziehungen aufgenommen, die allen Stürmen der Zeit getrotzt und auch nach dem Ende der Bipolarität nach wie vor Bestand haben.

Frau Bhutto, die Vorsitzende der Pakistanischen Volkspartei (PPP), war am 19. Oktober zum zweitenmal als Ministerpräsidentin vereidigt worden, nachdem sie vorher mit 121 zu 72 Stimmen über ihren Erzrivalen, den Führer der Moslemischen Liga, Nawaz Sharif, gesiegt hatte. Ihr Hauptprogramm war auf die Durchführung von Reformen und die Beseitigung der Korruption gerichtet. Ihre Regierung

werde eine "Regierung der Reformen" sein, betonte sie, ein Satz, der in China gern gehört wurde, auch wenn "Reformen" dort durchaus anders verlaufen als in Pakistan.

Beide Seiten betonten bei der Visite Bhuttos die Stabilität und Vertrautheit ihrer Beziehungen. Frau Bhutto wiederholte den alten - von Regierungswechseln niemals angetasteten - pakistanischen Satz, daß China "der Eckstein" in Pakistans Außenpolitik sei (XNA, 29.12.93). Ferner bekundete die Besucherin ihren chinesischen Gastgebern Loyalität in der Tibet-, Taiwan- und Hongkong-Frage.

Auch der Vorgänger im Ministerpräsidentenamt, Nawaz Sharif, hatte übrigens bei seinem China-Besuch Anfang Oktober 1992 die Formel von China als dem "Grundstein der pakistanischen Außenpolitik" gebraucht (XNA, 6.10.92) und im übrigen ähnliche Loyalitätsbekundungen abgegeben.

Diskutiert wurde bei der Bhutto-Visite auch die Kashmir-Frage, ein wichtiger Aspekt des indischen "Pakistan-Problems": immerhin hält Pakistan seit 1947 ein Drittel von Kashmir unter Kontrolle und nennt es Azad-Kashmir ("freies Kashmir"), während Indien von "Pakistan-occupied-Kashmir" spricht. Auf beiden Seiten der Kashmir-Kontrolllinie stehen seit Jahren Zehntausende von Soldaten. Auch diesmal gab China seine Absicht zu erkennen, den pakistanischen Kashmir-Standpunkt weiterhin zu unterstützen.

Allerdings beginnt China seine Meinung zu Kashmir mittlerweile offensichtlich zu revidieren. Schon Li Ruihuan hatte bei seinem Südasien-Besuch im November 1993 betont, daß China besorgt sei über die neue Situation in Kashmir und daß es hofft, daß "beide Seiten sich bemühen werden, jeder weiteren Verschlechterung vorzubeugen". (XNA, 24.11.93)

Die ehemals konfrontative hat inzwischen einer eher ausgleichswilligen Haltung Platz gemacht. Als Nachbar beider Staaten glaubt China nach dem Ende der Bipolarität einen vorsichtigeren Kurs fahren zu müssen. Aus diesem Grunde auch fördert es Gespräche zwischen den Politikern und Militärs der beiden südasiatischen Nachbarstaaten. Sie kämen auf die Dauer nicht umhin, ihre Beziehungen zu

"normalisieren" (XNA, 24.11.93). Dies sind neue Töne auf seiten der VR China! U.a. bot Ministerpräsident Li Peng seiner Amtskollegin die chinesischen Vermittlungsdienste in der Kashmir-Frage an.

Trotz aller gegenseitigen Treueschwüre hat sich im chinesisch-pakistanischen Verhältnis also eine durchaus substantielle Änderung ergeben, insofern China in der Zwischenzeit den Hauptgegner Pakistans, nämlich Indien, nicht mehr als Feind, sondern als einen ständig zu umwerbenden Nachbarn behandeln möchte. Diese Haltung dürfte auf sein früher so bedingungsloses Pakistan-Engagement nicht ohne Einfluß bleiben.

Schon Anfang Dezember war das Politbüromitglied Li Ruihuan nach Pakistan gekommen und hatte dort versichert, daß "China stets auf der Seite des pakistanischen Volkes stehen werde, wie sich die Situation in der Welt auch immer wandelt" (XNA, 7.12.93). Ähnlich war der Tenor bei den Verhandlungen Frau Bhuttos in Beijing.

Um Nägel mit Köpfen zu machen, wurde auch ein Abkommen über den Kauf von Verteidigungsausrüstungen geschlossen, für das China Kredite bereitstellt. Die Aufstockung des pakistanischen Waffenarsenals sei nötig, weil auch Indien z.Z. eine Rundumerneuerung seines Waffenbestands durchführe (Pakistan TV in SWB, 16.12.93). Entsprechende Abmachungen waren auch bereits bei einem Besuch des pakistanischen Außenministers Anfang Dezember in Beijing getroffen worden, und zwar hauptsächlich mit dem chinesischen Verteidigungsminister Chi Haotian.

Derselbe Generalstabschef Zhang Wannian, der bei den Waffenlieferungs-Unterzeichnungszeremonien mit Pakistan anwesend war, war einen Monat früher zu einem Besuch in Pakistans anderem Nachbarstaat, nämlich Bangladesh gewesen (XNA, 20.11.93) - ebenfalls ein Versuch der Vertrauensbildung unter den Militärs. Eine Bangladesh-Armeedelegation hatte vorher (Anfang Juni 1993) bereits die VRCh besucht.

Im Zusammenhang mit den Waffenlieferungsverhandlungen bezeichneten beide Seiten das amerikanische Waffenembargo gegen China und Pakistan als "ungerechtfertigt".

Die amerikanischen Sanktionen gegen China und Pakistan wegen des "angeblichen Verkaufs von chinesischen Raketen an Pakistan" seien aus der Luft gegriffen - und möglicherweise sei Washington einer Falschinformation aufgesessen (XNA, 30.12.93).

Die amerikanischen Vorwürfe hatten vor allem Pakistan besonders getroffen, da das Land seit einigen Jahren ohnehin in Gefahr war, als ein Zentrum des Terrorismus und des Drogenschmuggels etikettiert zu werden. Beide Seiten versicherten in diesem Zusammenhang erneut, daß sie eine nuklearwaffenfreie Zone in Südasien befürworteten (XNA, 30.12.93).

Neben den Waffengeschäften kam es noch zur Unterzeichnung von fünf Kooperationsabkommen, nämlich (1) für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, (2) ein Notenaustausch über die Ausdehnung des Grenzhandelsabkommens, (3) ein Abkommen über internationalen Straßentransport, (4) ein Memorandum über die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Bewässerungs-, Erosions- und Sedimentationsfragen und (5) ein Abkommen über die Errichtung einer Partnerschaft zwischen der Punjab-Provinz in Pakistan und der chinesischen Provinz Jiangsu (XNA, 29.12.93).

Unter dem Vorgänger-Ministerpräsidenten hatten bereits die beiden Hauptstädte Beijing und Islamabad Partnerschaftsbeziehungen miteinander geschlossen (XNA, 3.10.92).

Zum Schluß betonten beide Seiten erneut, daß die "äußerst konstruktiven Gespräche" ein weiterer Beweis dafür gewesen seien, daß es sich bei der chinesisch-pakistanischen Freundschaft um eine "All-Wetter-Beziehung" handle (XNA, 29.12.93). -we-

* (6)

Botschaft in Brunei eröffnet

Am 8. Dezember 1993 wurde die Botschaft der VRCh in Bandar Seri Begawan offiziell eröffnet, obwohl es diplomatische Beziehungen zwischen beiden Seiten bereits seit 1991 gegeben hat. Die diplomatischen Geschäfte waren durch die VR China aber bisher lediglich durch einen Chargé d'Affaires wahrgenommen worden. Nachdem im November 1993 Sultan Hassanal Bol-

kiah die VR China besucht hatte, wurde beschlossen, die diplomatischen Ränge anzuheben. (XNA, 9.12.93)

Brunei wurde 1981 aus britischer Vorkolonialherrschaft entlassen, erhielt sogleich die Mitgliedschaft in der ASEAN und beschloß 1991, sich bei der Anerkennung der VR China auf die Linie der anderen fünf Mitgliedern der ASEAN-Gruppe zu begeben.

Außenminister Qian Qichen hatte Brunei 1992 besucht.

1993 war ein Zivilflugabkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet worden, in dessen Gefolge die "Royal Brunei Airlines" einen regulären Flugdienst nach Beijing aufnahmen. -we-

Innenpolitik

* (7)

Muslimische Unruhen

Seit August 1993 ist es in zahlreichen von Muslimen bewohnten Regionen Westchinas zu Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen. Betroffen von gewaltsamen Auseinandersetzungen waren besonders die Provinz Qinghai und die Autonome Region Xinjiang (auch "Sinkiang" bzw. "Ost-Turkestan").

Die Proteste waren durch ein im August in Chengdu (Provinz Sichuan) erschienenes Comic-Buch ausgelöst worden (das Buch soll ursprünglich in Taiwan veröffentlicht und "illegal" in Chengdu reproduziert worden sein), in dem ein betender Muslim neben einem Schwein abgebildet war. Diese Darstellung wurde von Muslimen weithin als Entwürdigung und Provokation verstanden und lieferte den Anlaß zu einer Entladung der seit Jahrzehnten schwelenden und in den letzten Jahren offenbar dramatisch zunehmenden Spannungen zwischen Muslimen und Han-Chinesen in den westlichen Gebieten des Landes.

Seit der Niederschlagung eines Aufstandes in Baren 1990 soll es in Xinjiang zu über einhundert antichinesischen Unruhen gekommen sein (ZM, 1991/7, S.11, und 1993/1, S.25). Die

Proteste richteten sich gegen Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen, Atomversuche, Kolonisierung und die militärische Besatzung in den muslimischen Stammgebieten. Unter anderem wurden ein Recht zur Bildung politischer Parteien, zur Aufstellung eigener bewaffneter Kräfte sowie die Unabhängigkeit Ost-Turkestans gefordert. Angriffe auf Gebäude von Verwaltungen, Parteiorganen, Polizei und Militär waren keine Seltenheit. In mehreren Orten der Region wurden Bombenattentate verübt (*Der Spiegel*, 1993/37, S.192-198). Diverse islamische Untergrundbewegungen, darunter eine "Partei Ost-Turkestans", sollen hinter den Anschlägen gestanden haben (SCMP, 18.10.93). Trotz einer massiven Verstärkung der Sicherheitskräfte und -kontrollen konnten die Behörden die Lage offenbar nicht in den Griff bekommen.

Anders als im Jahre 1990 (siehe C.a., 1990/4, S.263-264; 1990/6, S.425-426; 1990/9, S.699; FAZ, 18.9.93) fanden die schwersten Unruhen diesmal in der Provinz Qinghai statt. Im August beteiligten sich dort mehrere zehntausend Muslime an Demonstrationen gegen die Mißachtung ihrer Religion, wie sie in der Darstellung des Comic-Buches zum Ausdruck gebracht worden sei. Mehrere Teilnehmer sollen bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften getötet worden sein. In den folgenden Monaten wurden Demonstrationen von Muslimen auch aus der Autonomen Region Ningxia und den Provinzen Gansu, Shaanxi und Sichuan gemeldet (FAZ, 21.12.93; SCMP, 31.10.93).

Die Pekinger Zentrale reagierte auf die Unmutsäußerungen sofort, ließ das umstrittene Buch aus dem Verkehr ziehen, die Verlagsleitung umbesetzen und ersuchte die regionalen Führungen, vor Ort mit religiösen Führern in Kontakt zu treten. Die Eskalation der Demonstrationen konnte dadurch aber offenbar nicht verhindert werden.

Schwere gewaltsame Auseinandersetzungen ereigneten sich Anfang Oktober in Xining, der Hauptstadt der Provinz Qinghai (XNA, 15.10.93; ZM, 1993/12, S.18). Die Aktionen muslimischer Demonstranten - zeitweise sollen sich zehntausende beteiligt haben - waren bereits mehrere Wochen lang immer wieder aufgeflammt und wurden von einem "Muslimischen Komitee